



Nr. 44

10. Dezember 2015

Inhalt

[Einkommensrunde 2016: Die Beschäftigten sind gefragt+++](#)

[EU-Blockade gegen Frauenquote durchbrechen+++](#)

[Themenfrühstück im Bundestag: dbb jugend kritisiert](#)

[Befristungspraxis+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Stade wirft Landesregierung von NRW mangelnde Weitsicht vor+++](#)

[Gewerkschaften und Landesregierung Rheinland-Pfalz: Keine](#)

[Toleranz bei Gewalt+++](#)

[Hessischer Landeshaushalt 2016: Schere bei Besoldung geht](#)

[weiter auseinander+++](#)

[BBW im Gedankenaustausch mit Spitze des Städtetags zur](#)

[Flüchtlingsproblematik+++](#)

[VBOB nennt Kritik an BAMF „populistisch“: Mehrarbeit in](#)

[erheblichem Umfang+++](#)

[Rechtspfleger besorgt über den Umgang mit Flüchtlingen+++](#)

[DSTG rät Liechtensteiner Banken zu konsequenter](#)

[„Weißgeldstrategie“+++](#)

[DPoIG unterstützt Forderung nach schärferen Antiterrorgesetzen+++](#)

[VBE zum Internationalen Bildungsgipfel 2016: Gelegenheit zu](#)

[fachlichem Austausch+++](#)

[Philologenverband: Allein für Flüchtlingskinder 20.000 Lehrer zusätzlich nötig+++](#)

[Küstenwald Usedom ist „Waldgebiet des Jahres 2016“+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde 2016: Die Beschäftigten sind gefragt

(dbb) Am 18. Februar 2016 beschließen die Gremien des dbb die Forderung zur Einkommensrunde 2016 mit Bund und Kommunen. „Im Vorfeld sind die in den dbb Mitgliedsorganisationen organisierten Beschäftigten gefragt: Bei den Branchentagen können die Kolleginnen und Kollegen erklären, was ihnen besonders wichtig ist“, sagte der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik Willi Russ am 8. Dezember 2015 in Berlin.

„Forderungen fallen nicht vom Himmel“, erklärte Russ. „Was wollen die Beschäftigten und was ist durchsetzbar? Das wollen wir ausführlich miteinander beraten. Deshalb sind die Branchentage auch keine Vortragsreihe, sondern leben von der Diskussion und vom Mitmachen.“ Im Länderbereich habe man mit den Branchentagen bereits gute Erfahrungen gemacht. „Mir hat das für meine Arbeit am Verhandlungstisch viel gebracht. Es ist wichtig, zu wissen, was vor Ort los ist – auch wenn es dabei über konkrete die konkreten Themen für die Einkommensrunde hinausging.“

Gleichzeitig solle bei den Branchentagen deutlich werden, dass auch die Beschäftigten in der Einkommensrunde gefordert sein werden. „Wir werden nur erfolgreich sein, wenn die Arbeitgeber wissen, dass die Kolleginnen und Kollegen auch wirklich hinter unseren Forderungen stehen. Daher werden bei den Branchentagen auch die Aktions- und gegebenenfalls Streikbereitschaft ein Thema sein.“

Die Branchentage werden in der Zeit von Mitte Januar bis Mitte Februar 2016 durchgeführt. Am 18. Februar werden die dbb-Gremien die

Forderung beschließen, und Ende März startet die Einkommensrunde mit der ersten Verhandlungsrunde in Potsdam.

Von der Einkommensrunde 2016 sind die Arbeitnehmer des Bundes und der Kommunen betroffen. Das Ergebnis ist aber auch für die Bundesbeamten von großer Bedeutung. Denn in den vergangenen Jahren ist es dem dbb regelmäßig gelungen, dass der lineare Teil des Tarifergebnisses auf die Bundesbeamten übertragen wurde. Das ist auch 2016 das Ziel. Da das kein Selbstläufer ist, sind ausdrücklich auch die Bundesbeamten aufgefordert, sich einzubringen.

Die Diskussion findet branchenspezifisch statt, damit die betroffenen Berufsgruppen ihre speziellen Sorgen und Vorstellungen vorbringen können. An welchen Orten und zu welchen Zeiten die einzelnen Branchentage genau stattfinden werden, stimmt der dbb aktuell mit den betroffenen Fachgewerkschaften ab. Infos zu Terminen und Orten werden rechtzeitig auf www.dbb.de veröffentlicht.

(01/44/15)

EU-Blockade gegen Frauenquote durchbrechen

(dbb) Am 7. Dezember 2015 hat der EU-Beschäftigungsrat in Brüssel getagt. Auf der Tagesordnung stand auch der Vorschlag der EU-Kommission für eine europaweite Frauenquote in Aufsichtsräten. Unter anderem wegen einer zurückhaltenden Positionierung Deutschlands drohte dem Vorschlag eine weitere Blockade. „Die für Beschäftigung zuständigen Ministerinnen und Minister müssen endlich den Weg frei machen für die Quote. Echte Gleichstellung kann nicht ohne gesetzliche Vorgaben erreicht werden, das hat die Erfahrung in den letzten Jahrzehnten deutlich gemacht“, erklärte Kirsten Lühmann, stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Präsidentin des CESI-Frauenrechtsausschusses FEMM am 2. Dezember 2015 in Berlin.

Die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer ergänzte: „Deutschland hat als bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich starkes EU-Mitglied eine Vorbildfunktion nicht zuletzt bei der Gleichstellung. Wenn die Bundesregierung jetzt einen Rückzieher macht,

kann das negative Folgen für Frauen europaweit haben.“

Der nun diskutierte Kompromissvorschlag wurde bereits im Laufe der Verhandlungen abgeschwächt. Zwar wird in der Richtlinie eine Quote von 40 Prozent des unterrepräsentierten

Geschlechts in Aufsichtsräten bis 2020 vorgesehen. Staaten, die bereits eigene Maßnahmen unternommen haben, müssen sich daran aber nicht halten. Deutschland müsste die eigene Vorgabe von 30 Prozent ab 2016 nicht ändern. „Angesichts eines beinahe konstant großen Gender Pay Gaps und drohender Altersarmut

für Millionen von Frauen muss die Politik nun endlich handeln. Dabei reicht die vorgeschlagene Quote bei Weitem nicht aus, die großen Probleme zu lösen. Sie ist dennoch ein wichtiges Signal, das weit über die eigentliche Regelung hinaus geht“, so Lühmann. (02/44/15)

Themenfrühstück im Bundestag: dbb jugend kritisiert Befristungspraxis

(dbb) Zum ihrem nunmehr 7. Themenfrühstück begrüßte die dbb jugend am 9. Dezember 2015 im Bundestag wieder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Innenpolitikern der Bundestagsfraktionen, um sich über die aktuelle Lage des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche auszutauschen. Im Mittelpunkt stand diesmal die Befristungspraxis im öffentlichen Dienst, zu der dank einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) im Auftrag von dbb, ver.di und des Bundesinnenministeriums aktuelle Daten vorliegen: Demnach sind im öffentlichen Dienst jüngere Arbeitnehmer unter 35 Jahren überproportional häufiger befristet beschäftigt als in der Privatwirtschaft. „Damit sind Befristungen im öffentlichen Dienst an der Tagesordnung“, kritisierte dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe das eindeutige Ergebnis der Studie, die in Kürze veröffentlicht werden wird.

„Junge Menschen werden dabei überproportional häufig befristet eingestellt, oft sogar mehrmals hintereinander in so genannten ‚Ketten-Verträgen‘“, machten Kothe und ihre Mitstreiter – dbbj-Vize Steffen Kollmann, Thomas de Greeff (VBOB-Jugend), Fabian Lubin (Junge Gewerkschafter DPVKOM) und Karsten Meier (Junger VBE) – deutlich. Die Vertreter der dbb jugend verwiesen im Bundestag auf die gravierenden Probleme und Folgen von Befristungen insbesondere für die junge Generation: Fehlende Planungssicherheit z.B. für Mieten einer Wohnung oder die Gründung einer Familie, fehlende soziale Sicherheit, geringere Attrakti-

vität der Ausbildung und des Berufes im öffentlichen Dienst, Ineffizienz durch die Notwendigkeit der permanenten und wiederholten Einarbeitung von befristet Beschäftigten. „So kann und darf es nicht weiter gehen, zumal der öffentliche Dienst als Arbeitgeber mit Vorbildfunktion agiert“, unterstrich dbb jugend-Chefin Sandra Kothe. „Wir fordern die unbefristete Übernahme der Auszubildenden, ebenso die Übernahme aller Beamtenanwärter in ein Beamtenverhältnis auf Probe. Befristete Beschäftigungsverhältnisse müssen auf das absolut notwendige Maß beschränkt werden.“ (03/44/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Stade wirft Landesregierung von NRW mangelnde Weitsicht vor

(dbb) Der Landesvorsitzende des DBB NRW Roland Stade hat mit Blick auf die aktuelle Flüchtlingskrise der Landesregierung mangelnde Weitsicht vorgeworfen und einen Verzicht auf Kompetenzgerangel gefordert.

Mit dem umfangreichen Stellenabbau der vergangenen Jahre sei man sicherlich „in vielen Bereichen sehr ans Eingemachte gegangen, und das war nicht klug“, sagte Stade den Zeitungen der Funke-Gruppe (Ausgaben vom 8. Dezember 2015). „Erst im April hat das Effizienzteam der Landesregierung einen Bericht vorgelegt, der empfiehlt, 160 Millionen Euro

Personalkosten einzusparen und im Lehrerbereich vorrangig tariflich Beschäftigte einzustellen. Da muss man sich fragen, ob die Politik die Zeichen der Zeit erkannt hat. Der Bericht beruht auf drei Jahre alten Zahlen, als man noch von einem Bevölkerungsrückgang in NRW ausging. Trotzdem wird in der aktuellen Situation dieses Gutachten in die politische Diskus-

sion gebracht. Weitsicht hat hier ganz offensichtlich gefehlt.“

Auch die Reaktivierung pensionierter Beamter laufe derzeit „nicht wirklich gut“. Stauder sagte, es gebe viele Anfragen von pensionierten Lehrern, die gerne bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise helfen möchten. Sie müssten aber viel zu lange auf eine Rückmeldung warten. Perspektivisch müssten auch neue Beamte eingestellt werden. „Wir werden die Flüchtlingskrise mit all ihren Facetten nicht in drei oder vier Jahren gelöst haben. Das wird uns länger beschäftigen. Wir werden dauerhaft mehr Personal brauchen. Die Durststrecke, die es während der Ausbildung neuer Beamter

gibt, muss aber überbrückt werden. Die Reaktivierung von Pensionären bietet sich hier an. Dafür muss man aber auch finanzielle Anreize schaffen. Da sind wir auf einem guten Weg.“

Organisatorische Probleme wie den Streit von Bund und Ländern um Zuständigkeiten dürfe es in solchen Situationen nicht geben, so Stauder. Der DBB NRW „würde Ausnahmeregelungen mittragen. Da gibt es Möglichkeiten der zeitlichen Befristung oder der Aussetzung einzelner Regelungen. Das muss man prüfen und umsetzen.“

(04/44/15)

Gewerkschaften und Landesregierung Rheinland-Pfalz: Keine Toleranz bei Gewalt

(dbb) Der dbb, die Landesregierung und der DGB Rheinland-Pfalz haben am 9. Dezember 2015 eine Anti-Gewalt-Vereinbarung für den öffentlichen Landesdienst unterzeichnet. Diese kam auf Anregung des dbb-Landesbundes zustande. Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Innenminister Roger Lewentz, DGB-Bezirkschef Dietmar Muscheid und die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz unterzeichneten die Vereinbarung.

Lilli Lenz sagte: „Drastisch zunehmende Beleidigungen, Bedrohungen und körperliche Übergriffe sind inzwischen leider in fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes beim Kontakt von Bürgern mit Behörden zu verzeichnen. Wir haben die Landesregierung aufgefordert, mit uns zusammen eine Grundsatzklärung gegen Gewalt im öffentlichen Dienst abzugeben. Durch die Erklärung wird nun deutlich gemacht, dass im Gewaltfall Dienststelle und Dienststellenleitung ohne jeden Vorbehalt hinter den angegriffenen Mitarbeitern stehen und sie in jeder denkbaren Beziehung unterstützen. Gleichzeitig zielen wir auf eine verbesserte Verzahnung von Behördenleitungen, Mitarbeitern und ihren Vertretungen beim Auf- und Ausbau von maßgeschneiderten Lösungen in den Bereichen Prävention, Deeskalation, Schutz und Hilfe. Alle Bereiche des öffentlichen Dienstes sind dabei in den Blick zu nehmen. Auch die kommunalen Arbeitgeber und Dienstherren sollten darin ein Vorbild sehen: Zusammen setzen wir uns dafür ein, dass Gewalt gegen das Personal im öffentlichen Dienst nicht verharmlost, sondern wirkungsvoll bekämpft und geahndet wird.“

In den vergangenen drei Jahren kostete Gewalt mehrere Mitarbeiter von Dienststellen

sogar das Leben: So starben die Sachbearbeiterin einer Führerscheinstelle in Schleswig, weil sie einem Lkw-Fahrer die Fahrerlaubnis verweigerte, und ein Gerichtsvollzieher in Karlsruhe, der bei einem Mann pfänden wollte. Im Jobcenter Neuss wurde eine Mitarbeiterin von einem Kunden erstochen, im Finanzamt Rendsburg ein Beamter erschossen. Im Oktober 2014 verletzte ein Asylbewerber im Rathaus der Stadt Frankenthal eine Mitarbeiterin mit Schlägen und Tritten massiv. Laut Bundesinnenministerium wurden 2014 bundesweit rund 700 Mitarbeiter von Rettungsdiensten angegriffen, ebenso 60.000 Polizisten und Vollzugsbeamte, etwa im Strafvollzug.

Aggression und eine zunehmende Ablehnung behördlicher Maßnahmen sind aus Sicht der Unterzeichner der Grundsatzvereinbarung ein gesamtgesellschaftliches Problem. Die Verbindung von Bürger und Behörde müsse auf gegenseitigem Respekt beruhen. Diese Position müsse die Politik auf allen Ebenen vertreten, auch in der Gesetzgebung.

(05/44/15)

Hessischer Landeshaushalt 2016: Schere bei Besoldung geht weiter auseinander

(dbb) „Die Schere zwischen der Besoldung der Beamten im Land Hessen und der allgemeinen Einkommensentwicklung geht immer weiter auf.“ Das konstatierte Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen, am 7. November 2015 nach der Vorlage des Landeshaushalts 2016 durch die Regierungsfractionen.

„Offenkundig bleibt die Landesregierung bei ihrer beschämenden, rein fiskalisch begründeten Haltung zur Beamtenbesoldung. Und das, obwohl mit dem jüngst veröffentlichten ‚Aktionsplan‘ von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Mehrausgaben von über einer Milliarde Euro beschlossen wurden“, so Schmitt.

Durch das Besoldungsdiktat der Landesregierung würden Beamtinnen und Beamte in Hessen erheblich schlechter bezahlt als in anderen Bundesländern - „trotz der bundesweit längsten Arbeitszeit und vor dem Hintergrund der zuletzt noch einmal erheblich gestiegenen Belastung durch den Flüchtlingszustrom“,

fügte Schmitt hinzu. Gerade jetzt, da das Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung besonders gefragt sei, hätte ein Umdenken stattfinden müssen. Die Beamten seien „stinksauer“.

„Da die Landesregierung nicht anders zur Vernunft zu bringen ist, wird der dbb Hessen wegen der Verweigerung einer angemessenen Besoldung eine Klage gegen das Land führen“, kündigte der Vorsitzende des dbb Hessen an. „Der Landesgewerkschaftstag Ende November hat dieses Vorhaben einmütig bekräftigt.“ (06/44/15)

BBW im Gedankenaustausch mit Spitze des Städtetags zur Flüchtlingsproblematik

(dbb) Der anhaltende Flüchtlingszustrom bedeutet für Städte und Kommunen tagtäglich eine neue Herausforderung. So habe es bei der Registrierung, beim Personal, bei der Technik und den Finanzen. Darüber waren sich Gudrun Heute-Bluhm, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied beim Städtetag Baden-Württemberg, und BBW-Vorsitzender Volker Stich bei einem Gespräch einig, wie der Beamtenbund Baden-Württemberg am 8. Dezember 2015 mitteilte.

Heute-Bluhm lobte zugleich alle, die anpacken: Jetzt zeige sich, was man am öffentlichen Dienst habe. Da für die Bewältigung der aktuellen Aufgaben die Zahl der polizeilichen Sicherheitskräfte nicht ausreiche, schlug Heute-Bluhm, die fast 20 Jahre lang Oberbürgermeisterin der Stadt Lörrach war, vor, weitere Uniformträger einzusetzen, beispielsweise aus den Bereichen Feuerwehr, THW, Gemeindevollzugsdienst und insbesondere dem freiwilligen Polizeidienst.

Probleme sahen beide Seiten auch bei der schulischen Bildung und bei Sprachkursen. Dazu sagte BBW-Vorsitzender Stich, der auch dbb Vize ist, laut BBW-Lehrerverbänden gebe es noch fertig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die vom Land bisher nicht eingestellt wurden. „Hier besteht Handlungsbedarf“, sagte Stich und forderte: „Diese Fachkräfte, insbesondere jene mit dem Fach Deutsch, sollte man jetzt einstellen und für Sprachkurse weiterqualifizieren.“ (07/44/15)

VBOB nennt Kritik an BAMF „populistisch“: Mehrarbeit in erheblichem Umfang

(dbb) Der Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) hat die Kritik an der Arbeitsleistung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als „populistisch“ bezeichnet und zurückgewiesen. Die Innenminister der Länder

und auch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer hatten den Mitarbeitern mangelnden Arbeitseinsatz vorgeworfen und Schicht- und Wochenendarbeit als Lösung für das Problem des Bearbeitungsstaus bei Asylanträgen ins Gespräch gebracht.

VBOB-Bundesvorsitzender Hartwig Schmitt-Königsberg sagte dazu am 7. Dezember 2015 dem Internet-Portal „Focus Online“: „Der Eindruck, der derzeit erweckt wird, ist unerträglich.“ Die Mitarbeiter des BAMF, so Schmitt-Königsberg, arbeiteten jetzt schon mehr. „Es ist doch nicht so, dass dort 39 oder 41 Stunden die Woche gearbeitet wird. Manche arbeiten dort 50 oder sogar 57 Stunden die Woche – vor allem in den Schlüsselpositionen bei den Entscheidern.“ Auch eine Sprecherin des BAMF sagte „Focus Online“: „Die Mitarbeiter des Amtes leisten bereits seit vielen Monaten in erheblichem Umfang Mehrarbeit.“

Schmitt-Königsberg weiter: „Es muss fair darüber gesprochen werden, wie mit dieser Riesenherausforderung umgegangen werden kann. Man kann Mehrarbeit regeln, das ist jetzt schon möglich.“ Schicht- oder Wochenenddienst in großem Umfang komme für ihn derzeit aber noch nicht in Frage. „Schichtarbeit macht erst dann Sinn, wenn man mehr Mitarbeiter als Arbeitsplätze hat.“ Das sei jedoch noch nicht der Fall, da viele neue Stellen erst für 2016 im Haushalt stehen, die neuen Mitar-

beiter erst eingearbeitet werden müssen und auch erst im Frühjahr die IT-Probleme gelöst sein werden.

Im Gespräch mit den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Ausgaben vom 8. Dezember 2015) forderte Schmitt-Königsberg zudem einen angemessenen Ausgleich für Mehrarbeit: „Die Bereitschaft ist da, weit über die normale Arbeitszeit hinaus zu arbeiten. Wer von den Beschäftigten des BAMF mehr verlangt, muss ihnen aber auch ein faires Angebot machen – dazu gehört etwa ein voller Ausgleich für alle geleistete Überstunden.“

Auch in der „Südwest Presse“ (Ausgabe vom 8. Dezember 2015) machte der VBOB-Vorsitzende klar, dass in der Behörde bereits „bis an die Schmerzgrenze gearbeitet“ werde. Er machte die Bundesregierung für den Stau an Asylanträgen in der Bundesbehörde verantwortlich: „Jetzt rächt es sich, dass die Politik zu spät auf den exorbitanten Anstieg der Asylbewerberzahlen reagiert hat.“ (08/44/15)

Rechtspfleger besorgt über den Umgang mit Flüchtlingen

(dbb) Der Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) hat auf seiner Herbstsitzung am 4. Dezember 2015 in München einstimmig eine Resolution gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus verabschiedet. „Wir sind Teil der demokratischen Rechtsordnung und möchten ein klares Signal gegen die zunehmende Tolerierung von fremdenfeindlichen Tendenzen in unserer Gesellschaft setzen“, sagte der Bundesvorsitzende Wolfgang Lämmer.

Vor allem die große Zahl der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge führe zu einem immensen Arbeitsanfall. „Nach strengen gesetzlichen Vorgaben können wir derzeit nicht mehr arbeiten. Insbesondere die gutachterliche Feststellung des Alters eines möglicherweise Minderjährigen ist bei der Flut der Fälle nicht mehr zu leisten“, so Lämmer.

In der Resolution heißt es unter anderem: „Wir lehnen jede Form von Ausgrenzung, Diskriminierung, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und religiösem Extremismus ab. Wir sprechen uns für eine kulturelle Vielfalt, Demokratie, Toleranz, Respekt, Willkommenskultur und ein

harmonisches Miteinander aller in Deutschland lebenden Menschen aus, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Weltanschauung, sexueller Orientierung und Religionszugehörigkeit.(...) Allen Verstößen gegen die Menschenrechte, allen Verletzungen von Menschenwürde und dem Bestreben von Extremisten, die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Staates zu bekämpfen, müssen wir entgegentreten. Wo die Feinde der Demokratie ohne gesellschaftlichen Widerspruch agieren, breitet sich Extremismus aus. Wir erklären, dass die Verharmlosung menschenverachtenden Gedankenguts nicht toleriert werden darf.“ (09/44/15)

DSTG rät Liechtensteiner Banken zu konsequenter „Weißgeldstrategie“

(dbb) Zu einem umfassenden Meinungs austausch haben sich der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Thomas Eigenthaler und der Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbandes, Adolf E. Real, in Berlin getroffen. Eigenthaler bescheinigte Liechtenstein sichtbare Fortschritte auf dem Weg zu einem steuererlösen Bankenplatz und riet Verbandschef Real zu einer konsequenten „Weißgeldstrategie“, um verloren gegangenes Vertrauen Schritt für Schritt wieder zurück zu gewinnen. „Steuerhinterziehung durch Schwarzgeldkonten und kriminelle Geldwäsche sind gesellschaftlich out“, sagte Eigenthaler, der auch dbb Vize ist. Vertrauen, Seriosität und Transparenz seien die Stichworte der Zukunft.

Wichtiges Gesprächsthema war laut Mitteilung der DSTG vom 3. Dezember 2015 der kommende internationale Finanzdatenaustausch, der nach heutiger Planung im Jahre 2017 wirksam werden soll. Daran führe kein Weg vorbei, wenn Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit hergestellt werden sollen, waren sich die Gesprächspartner einig. Das komplexe Vorhaben stelle sowohl für die Banken als auch für die staatlichen Stellen eine große Herausforderung dar. Die DSTG werde sich dafür einsetzen, dass in Deutschland alles getan wird, um das Vorhaben zu einem Erfolg zu führen, versicherte Eigenthaler.

Weiteres Thema war die Zukunft der deutschen Abgeltungsteuer sowie die Frage, ob auch ein Datentransfer zwischen deutschen Finanzinstituten und dem deutschen Fiskus eingeführt werden müsse. Eigenthaler machte deutlich, dass dies eine alte Forderung der DSTG sei. Es werde sich nämlich die Frage stellen, ob eine unterschiedliche Behandlung von ausländischen Banken und inländischen Finanzinstituten nicht gegen EU-Recht verstoße. Zudem sei durch die Einführung des internationalen Datenaustausches die Geschäftsgrundlage für die Abgeltungsteuer entfallen.
(10/44/15)

DPoIG unterstützt Forderung nach schärferen Antiterrorgesetzen

(dbb) Die Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion nach neuen Antiterrormaßnahmen stoßen auf Zustimmung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). Nach den Worten des DPoIG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt „haben die Sicherheitsexperten unter den Sozialdemokraten die Zeichen der Zeit erkannt und ebnen damit dringend notwendigen Reformen in der Sicherheitspolitik den Weg“.

Insbesondere sei das geforderte gemeinsame europäische Antiterrorzentrum schon lange überfällig, so Wendt am 7. Dezember 2015. Deutschland habe gute Erfahrungen mit dem Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum gemacht. „Eine gemeinsame Koordinierungsstelle europäischer Sicherheitsbehörden mit dem Ziel, die operative Arbeit zur internationa-

len Terrorismusbekämpfung zu verbessern, gibt Einblick in terroristische Strukturen, führt wichtige Informationen zusammen und verunsichert kriminelle Organisationen“, erklärte Wendt. Richtig sei auch das Ansinnen, die Terrorfinanzierung weiter zu erschweren.
(11/44/15)

VBE zum Internationalen Bildungsgipfel 2016: Gelegenheit zu fachlichem Austausch

(dbb) Der Lehrerberuf im Mittelpunkt: Der sechste „International Summit on the Teaching Profession“ (ISTP) wird im kommenden Jahr von der OECD, Education International (EI) und der Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik Deutschland ausgerichtet. Bis zu 400 Experten aus Politik und Praxis werden am 3. und 4. März 2016 in Berlin erwartet, um über

die aktuellen Herausforderungen zu diskutieren, vor denen Pädagoginnen und Pädagogen heute stehen.

Die nationalen Gastgeber sind die Kultusministerkonferenz (KMK) sowie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Verband Bildung und Erziehung (VBE), beide Mitglieder in Education International. Die Bildungsministerinnen und -minister aus Europa, Nordamerika und der Asien-Pazifik-Region, hochrangige Mitglieder der Lehrerverbände sowie Vertreterinnen und Vertreter aus der Praxis werden vielfältige Fragestellungen mit Bezug zur Lehrerbildung auf dem Bildungsgipfel erörtern, teilten die Veranstalter am 7. Dezember 2015 mit.

VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann betonte: „Der VBE als nationaler Gastgeber setzt darauf, dass der ISTP in Berlin konstruktive Impulse für die Stärkung des Lehrerberufs entwickelt. Dieser supranationale soziale Dia-

log von Regierungen und Bildungsgewerkschaften kann ein wichtiges Instrument sein, im weltweiten Vergleich die Perspektiven des Lehrerberufs zu justieren und die nötigen Gelingensbedingungen verbindlich zu setzen. Entsprechend bringen wir unsere gewerkschaftliche Expertise ein. Die vorangegangenen fünf ISTP haben gezeigt, dass kein Land über Patentlösungen für die gute Schule verfügt, doch geht es im Kern immer darum, die Bildungschancen jedes Schülers von dessen sozialer Herkunft zu entkoppeln. Es wurde zugleich deutlich, dass die nötige staatliche Finanzierung der Bildungseinrichtungen kein Selbstläufer ist.“

(12/44/15)

Philologenverband: Allein für Flüchtlingskinder 20.000 Lehrer zusätzlich nötig

(dbb) Für die Schulen bedeutet der anhaltende Strom von Flüchtlingsfamilien nach Deutschland einen Kraftakt bei der Integration. Schätzungen, die auf der Altersstruktur der Flüchtlinge beruhen, gehen von 300.000 schulpflichtigen Kindern in diesem Jahr aus.

„Allein für die Flüchtlingskinder, die in diesem Jahr in Deutschland angekommen sind, benötigen wir mindestens 20.000 Lehrer zusätzlich“, sagte der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Heinz-Peter Meidinger, der „Rheinischen Post“ (Ausgabe vom 7. Dezember 2015). Die große Zahl der Schüler werde aber erst im nächsten Jahr oder 2017 in den Schulen ankommen, so Meidinger. Er rechne damit, dass sich spätestens in der zweiten Hälfte des Jahres 2016 der Lehrermangel bemerkbar machen werde, und hält die Zahl von 300.000 sogar für zu niedrig angesetzt. „Sie war auf der Basis berechnet, dass in diesem Jahr 850.000 Flüchtlinge kommen“, sagte

Meidinger. Bei einer Million Flüchtlingen in diesem Jahr müsse man sogar von 350.000 Kindern ausgehen, die hierzulande eine Schule besuchen werden.

Der DPhV-Chef sagte, dass zuerst die Berufsschulen sowie Grund- und Hauptschulen nachgefragt würden. „Sollten im kommenden Jahr abermals 150.000 Flüchtlingskinder nach Deutschland kommen, müssten weitere 10.000 Lehrer zusätzlich eingestellt werden, um das Lehrer-Schüler-Verhältnis von 1:15 beizubehalten“, forderte er.

(13/44/15)

Küstenwald Usedom ist „Waldgebiet des Jahres 2016“

(dbb) Der vom Bund Deutscher Forstleute (BDF) verliehene Titel „Waldgebiet des Jahres“ geht 2016 an den Küstenwald Usedom. Der Bundesvorstand des BDF wählte diesen Wald, weil es hier in besonderer Weise gelingt, den hohen Besucherdruck sowie die wichtige Aufgabe des Küstenschutzes in Einklang mit Naturschutz und forstlicher Nutzung zu bringen. Der BDF will mit der Auszeichnung auch den vor Ort tätigen Forstleuten danken, die den täglichen Spagat meistern und die vielfältigen Funktionen managen.

„Wir gratulieren den Gewinnern ganz herzlich. Sie leisten auf Usedom eine hervorragende Arbeit“, sagte Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF. „Die Forstleute der Landesforst Mecklenburg-Vorpommern und die Kollegen der anderen Waldbesitzer bewirtschaften das bekannte Waldgebiet an der Ostsee naturnah und verantwortungsvoll und sorgen mit zahlreichen Partnern für die vielfältige Nutzung, den Schutz und die Pflege“, so Jacobs weiter.

Sven Blomeyer, Vorstand der Landesforst Mecklenburg-Vorpommern – Anstalt öffentlichen Rechts, freut sich über die Auszeichnung: „Der Küstenwald Usedom ist heute für die Insel, die Einwohner und die Touristen wertvoller denn je und steht mit seiner Nutzungs- und Lebensraumvielfalt beispielhaft auch für die anderen Wälder an der Ostseeküste.“ Der

Usedomer Küstenwald erstreckt sich auf dem deutschen Teil der Insel Usedom entlang der Pommerschen Bucht. Das Waldgebiet umfasst etwa 5.000 Hektar, davon 2.600 Hektar Landeswald, 1.650 Hektar Bundeswald, 500 Hektar Privatwald und 250 Hektar Kommunalwald. Artenvielfalt ist im Küstenwald Usedom oberstes Prinzip.

Im vergangenen Jahr wurde bereits zum vierten Mal ein „Waldgebiet des Jahres“ gekürt, wie der BDF am 10. Dezember 2015 weiter mitteilte. Die Wahl von Meulendorf als Waldgebiet 2012, Solling 2013, Schönbuch 2014 und Grunewald 2015 wurden jeweils von großem medialen Interesse begleitet und fanden vor allem in den Regionen viel Resonanz. (14/44/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 11. Dezember 2015 werden die Beschäftigten der sächsischen Stadt Naunhof in den Warnstreik treten, um ihre Forderungen nach der Einführung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) zu untermauern. Der Warnstreik wird von 6:00 Uhr bis 10:00 Uhr dauern. „Die Arbeitgeberseite sieht sich nicht einmal in der Lage, mit uns zu verhandeln, da ihr dafür das politische Mandat fehle. Das können wir nicht akzeptieren“, sagte Jürgen Kretzschmar, der Mitglied der **dbb** Bundestarifkommission und der Verhandlungskommission für Naunhof ist, am 9. Dezember. „Die städtischen Investitionen der letzten Jahre waren nur möglich, weil auf Kosten der Belegschaft gespart wurde. Damit muss Schluss sein.“ Seit 1994 haben die Beschäftigten von Naunhof keinen gültigen Tarifvertrag mehr. Die Stadt ist aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Bezahlt wird nur auf Grundlage einzelvertraglicher Regelungen. Vielfach bleiben Bezahlung und Arbeitsbedingungen hinter denen der anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst zurück.

Der dbb mecklenburg-vorpommern hat die Einigung der Länder bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen begrüßt. Eine Kehrtwende bei der Personalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern sei aufgrund des Zuschlags in Millionenhöhe möglich, erklärte der Landesvor-

sitzende des dbb m-v **Dietmar Knecht** am 3. Dezember 2015. „Aufgrund der sehr unterschiedlichen Interessenlagen von ‚reichen‘ und ‚armen‘ Ländern ist es überraschend und begrüßenswert, dass sich die Länder auf einen gemeinsamen Weg verständigt haben“, so Knecht. Nun müsse der Bund von diesem Weg überzeugt werden. Er müsse mehr als ursprünglich angeboten dazu beisteuern. Die aktuell gültigen Regelungen zum Finanzausgleich und zum Solidarpakt II laufen 2019 aus.

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Straßenwärter (VDStra.), **Siegfried Damm**, fordert, dass die Fahrzeuge der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten Blaulicht bekommen. „Die gelben Rundleuchten, die derzeit im Einsatz sind, werden nach unserer Erfahrung von Verkehrsteilnehmern ignoriert. Jeder Traktor hat so ein Licht“, zitiert das Online-Portal „Der Westen“ der Funke-Mediengruppe Damm am 8. Dezember 2015. Blaues Licht könne die Straßenwärter bei ihrer Arbeit, besonders beim Einrichten und Abräumen einer Baustelle, noch besser schützen. Anlass war der Tod eines 51-Jährigen. Der Mitarbeiter einer vom Landesbetrieb beauftragten Baufirma war beim Einrichten einer Baustelle vor dem Autobahnkreuz Oberhausen von einem Auto erfasst und getötet worden. Allein das Team der rund 2.000 Straßenwärter beim



Landesbetrieb Straßen NRW hat jedes Jahr einen Unfalltoten zu beklagen. Ein Sprecher des Betriebes sagte, das Risiko, bei dieser Arbeit tödlich zu verunglücken, sei 13 Mal so hoch wie bei anderen Beschäftigten. f

Egbert Jancke, von 1974 bis 1979 Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) und Ehrenmitglied des VBE-Bundesverbandes, ist tot. Er starb bereits am 30. September 2015 im Alter von 82 Jahren. Im Dachverband dbb war Jancke drei Jahrzehnte lang – von 1966 bis 1996 – als Mitglied im Bundesvorstand und im Bundeshauptvorstand gewerkschaftlich aktiv. Der VBE-

Bundesvorsitzende Udo Beckmann würdigte in seinem Nachruf Jancke als „leidenschaftlichen Lehrer und Gewerkschafter“. Von der Gründung an habe er sich für einen starken VBE engagiert und einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet, die berufspolitische und gewerkschaftliche Interessenvertretung der Lehrerinnen und Lehrer auf nationaler und internationaler Ebene zu stärken. Für seinen herausragenden Einsatz „für die Bildungspolitik und die Interessen der Lehrerschaft“ wurde Jancke 2003 mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Der dbb wird Egbert Jancke ein ehrendes Andenken bewahren.
(15/44/15)

Termin zum Vormerken:

57. dbb Jahrestagung 2016

„Herausforderung für die Demokratie – Politik contra Bürger?“

Köln, 10. bis 12. Januar 2016